



Längerfristige Prognose des Arbeitskräfteangebots	375
Rekordetat mit wenig Transparenz	380

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 33/81

Berlin

13. August 1981

48. Jahrgang

Längerfristige Prognose des Arbeitskräfteangebots Zunahme um 800000 Personen bis Ende der achtziger Jahre

Das Angebot an Arbeitskräften ist eine der wesentlichen Rahmenbedingungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Zum Arbeitskräfteangebot gehören nicht nur Erwerbstätige und registrierte Arbeitslose. Eine Beschränkung auf diesen Personenkreis – die „Erwerbspersonen“ – greift zu kurz, wie die Entwicklung in der Vergangenheit deutlich zeigt: Konjunkturbedingte Schwankungen der Erwerbstätigkeit führten nicht zu entsprechenden Veränderungen der Arbeitslosigkeit, sondern die Ausschläge bei den Erwerbstätigen waren stets erheblich größer als bei den registrierten Arbeitslosen. Die Ursache dafür liegt darin, daß sich Personengruppen flexibel verhalten, unter ungünstigen Bedingungen gewissermaßen vom Arbeitsmarkt verschwinden, bei einer Verbesserung der Beschäftigungssituation jedoch eine Erwerbstätigkeit anstreben. Auch wenn diese sogenannte stille Reserve unter sozialpolitischen Aspekten anders zu beurteilen ist als die registrierte Arbeitslosigkeit, so ist ihre Berücksichtigung doch für die Wirtschaftspolitik von erheblicher Bedeutung. Deshalb wird in die folgende Analyse die stille Reserve einbezogen.

Vor kurzem hat das DIW in einem Wochenbericht Simulationsrechnungen zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt¹. Der Geburtenrückgang wird auf lange Sicht zu einer starken Abnahme der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) führen. Zunächst aber nimmt dieser Personenkreis noch zu, wird Ende der achtziger Jahre ein Maximum und in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wieder das heutige Niveau erreichen. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter liefert allerdings nur sehr

grobe Anhaltspunkte für die Entwicklung des Potentials an Erwerbspersonen. Erst wenn die Entwicklung des Anteils der Erwerbspersonen in den jeweiligen Altersgruppen in Form von Erwerbsquoten in die Betrachtung einbezogen wird, ist ein fundiertes Urteil über die Entwicklung des Angebots an Arbeitskräften möglich. Eine Analyse der Vergangenheit zeigt, daß die Erwerbsquoten im Zeitablauf nicht konstant waren; die Entwicklung war nicht nur in den Altersgruppen, sondern auch nach dem Geschlecht und bei den Frauen darüber hinaus nach dem Familienstand unterschiedlich.

Zur bisherigen Entwicklung der Erwerbsbeteiligung

Amtliche Schätzungen gibt es nur für die jahresdurchschnittlichen Erwerbspersonenzahlen der Deutschen und Ausländer. Diese Zahlen sind nach der Geburtsjahrmethode und dem Inländerkonzept berechnet. Grundlage der Schätzung sind die durch Betriebsbefragungen ermittelten Bereichsstatistiken, die Beschäftigtenstatistik und ergänzend Struktur- und Entwicklungsdaten des Mikrozensus². Die Daten sind nach 5-Jahres-Altersgruppen, Geschlecht und bei den Frauen zusätzlich nach „verheiratet“ und „nichtverheiratet“ gegliedert. Die Erwerbsquoten werden mit Hilfe von Jahresdurchschnitten der fort-

¹ Vgl. Simulationsrechnung zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für Deutsche und Ausländer bis zum Jahre 2030. Bearb.: Herwig Birg. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 24/1981, S. 263 ff.

² Vgl. H. L. Mayer und H. Wollny: Amtliches statistisches Grundlagenmaterial für Erwerbspersonenprognosen. In: D. Mertens und W. Klauer (Hrsg.): Probleme der Messung und Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotentials. Beitr. AB, Heft 44, Nürnberg 1980, S. 162 ff.

Tabelle 1
Potentialerwerbsquoten¹⁾
 in vH

Im Alter von ... bis unter ...	Männer					Frauen					Männer und Frauen				
	1970	1979	1985	1990	2000	1970	1979	1985	1990	2000	1970	1979	1985	1990	2000
15 - 20	57,9	38,1	35,6	34,0	31,7	54,6	34,8	31,9	30,0	27,5	56,3	36,5	33,8	32,0	29,7
20 - 25	86,3	81,4	79,1	76,5	71,7	69,8	73,6	71,5	69,1	65,9	78,2	77,6	75,4	72,9	68,9
25 - 30	93,5	88,3	86,3	83,9	79,5	51,1	60,6	60,9	61,2	62,9	73,1	74,7	74,1	73,0	71,6
30 - 35	98,5	96,4	95,6	94,6	92,5	45,4	52,8	53,7	54,6	57,0	73,1	75,2	75,1	75,5	75,6
35 - 40	98,8	97,3	96,9	96,3	95,1	46,2	52,6	53,4	54,2	56,4	73,6	75,7	75,6	75,6	76,4
40 - 45	98,5	97,2	96,9	96,6	95,7	48,4	53,1	52,9	52,7	53,4	73,3	75,8	75,3	74,8	75,2
45 - 50	97,0	95,8	95,5	95,2	94,4	48,9	51,4	53,3	54,5	56,1	69,4	74,1	74,9	75,0	75,1
50 - 55	95,2	92,5	91,7	90,6	88,3	44,8	46,7	48,3	50,1	53,7	65,9	68,3	70,2	70,6	70,8
55 - 60	89,5	84,0	82,3	80,2	76,0	37,2	40,9	41,9	43,0	45,3	59,1	58,5	61,2	61,5	60,4
60 - 65	74,9	47,1	43,7	42,1	38,5	22,5	16,9	15,3	13,7	11,3	44,7	28,9	26,7	27,0	24,6
über 65	19,9	7,6	5,8	4,4	3,3	6,5	3,1	2,6	2,3	2,1	11,7	4,7	3,7	3,0	2,5
zusammen	79,3	71,7	71,4	71,0	66,6	38,6	38,7	38,9	39,1	38,0	57,5	54,2	54,3	54,3	51,9

1) Erwerbspersonen und stille Reserve bezogen auf die Bevölkerung in der jeweiligen Gruppe.

geschriebenen Wohnbevölkerung errechnet, die das Statistische Bundesamt ermittelt^{3,4}.

Per Saldo liegen die Erwerbsquoten der Männer und Frauen heute etwas dichter beieinander als früher. Im einzelnen zeigt sich für Männer und Frauen zwischen 15 und 20 Jahren – infolge längerer Ausbildungszeiten – ein gleichermaßen starker Rückgang der Erwerbsbeteiligung. In der Altersgruppe 20 bis 25 Jahre blieb die Erwerbsbeteiligung der Frauen nahezu konstant, während sie bei den Männern im Trend bis Mitte der siebziger Jahre zurückging. Für die 25- bis 50jährigen ergibt sich ein ungebrochener Anstieg der Erwerbsbeteiligung der Frauen. Hier schlägt sich die generelle Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit am deutlichsten nieder. Die Erwerbsquoten bewegen sich immer noch in der Nähe von 50 vH. Bei den Männern lagen 1970 die Quoten zum Teil dicht bei 100 vH, haben aber seitdem tendenziell abgenommen. Ein ähnliches Verlaufsmuster – Zunahme bei den Frauen, Abnahme bei den Männern – gilt für die 50- bis 60jährigen. Bei den über 60jährigen Männern und Frauen ist die Erwerbsquote bis in die jüngste Vergangenheit ständig gesunken. Im Jahr 1979 war allerdings ein leichter Anstieg zu verzeichnen, der eine geringere Ausnutzung der flexiblen Altersgrenze signalisiert⁵.

Die Streuung der Erwerbsquoten der Männer über die Altersgruppen ist im wesentlichen unverändert

geblieben. Doch wurde die Altersspanne kleiner, innerhalb der die Männer eine einheitliche hohe Erwerbsbeteiligung von über 90 vH aufweisen; sie umfaßt 1979 nur noch die 30- bis 55jährigen. Für alle Altersgruppen gilt, daß die Erwerbsbeteiligung geringer ist als in den sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre.

Etwas differenzierter sind die Veränderungen im Erwerbsquotenmuster bei den Frauen. Im Jahr 1962 hatten die 15- bis 20jährigen Frauen die höchste Erwerbsbeteiligung. Seitdem ist sie in dieser Gruppe auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Nach wie vor nimmt die Erwerbsbeteiligung im Alter um 25 Jahre ab, weil viele Frauen dann aus familiären

³ Wenn die Bevölkerungsfortschreibung – wie vermutet wird – überhöht ist, werden die Erwerbsquoten tendenziell zu niedrig ausgewiesen. Die Aussagefähigkeit der Daten wird beeinträchtigt, wenn der Fortschreibungsfehler mit zunehmendem Abstand zur letzten Volkszählung zunimmt und einzelne Bevölkerungsgruppen besonders stark betroffen sind. Vgl. H. L. Mayer und H. Wolny, a.a.O., S. 163.

⁴ Außerdem werden Erwerbsquoten im Rahmen des Mikrozensus ausgewiesen. Sie beruhen auf Erwerbstätigenzahlen, die aus verschiedenen Gründen (Berichtswochenkonzept, Anpassung an die Bevölkerungsfortschreibung usw.) gegenüber den Jahresdurchschnittszahlen überhöht sind. Vgl. Erwerbstätigkeit im April 1980. Ergebnisse des Mikrozensus. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3, 1981, S. 177.

⁵ Vgl. Erwerbstätigkeit im April 1980. Ergebnisse des Mikrozensus, a.a.O., S. 180.

Gründen ihre Berufstätigkeit aufgeben. Dieser Rückgang ist allerdings heute nicht mehr so ausgeprägt wie in früheren Jahren, d. h. die Erwerbsquoten sind – bis zum Alter von 55 Jahren – höher als in den sechziger und frühen siebziger Jahren. Im Alter von 60 Jahren und mehr gaben in den siebziger Jahren so viele Frauen ihre Tätigkeit auf, daß hier die Erwerbsquoten heute wieder niedriger sind als früher.

Ein Modell zur Analyse und Prognose der Erwerbsbeteiligung

Im Rahmen der Strukturberichterstattung wurde im DIW ein ökonometrisches Modell entwickelt, in dem die Veränderungen der Erwerbsquoten durch Veränderungen der Reallohnsätze und der geschlechtsspezifischen Arbeitslosenquoten erklärt werden⁶. Zusätzlich zur Erklärung herangezogen werden: eine Kinderquote – berechnet aus der Zahl der Kinder bis unter 6 Jahre im Verhältnis zur Zahl der verheirateten Frauen zwischen 20 und 45 Jahren – und Zeittrends, in denen permanente Verhaltensänderungen infolge der langanhaltenden hohen Arbeitslosigkeit und institutionelle Einflüsse erfaßt sind. Das Modell enthält Elastizitäten der Erwerbsbeteiligung in bezug auf die Arbeitslosigkeit (vgl. Tabelle 2). Darin spiegeln sich die als reversibel angesehenen Änderungen der Erwerbsbeteiligung aufgrund der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt; es kommt also zum Ausdruck, in welchem Umfang bei einer Verringerung der Arbeitslosigkeit die Erwerbsquoten zunehmen. Im allgemeinen sind die Elastizitäten in den unteren und oberen Altersgruppen höher als in den mittleren. Aus dem Rahmen fällt die verschwindend niedrige Elastizität der unter 20jährigen Männer als Folge permanenter Verhaltensänderungen im Zusammenhang mit längeren Ausbildungszeiten. Frauen reagieren auf Änderungen der Arbeitslosigkeit elastischer als Männer. Die geringere Elastizität der Frauen in den mittleren Altersgruppen hängt damit zusammen, daß bei Arbeitslosigkeit des Ehemannes Ehefrauen wieder eine Berufstätigkeit anstreben, um einen Rückgang des Familieneinkommens auszugleichen⁷.

Die im Modell ermittelten Elastizitäten der Erwerbsbeteiligung in bezug auf die Arbeitslosigkeit bieten die Möglichkeit, die unter günstigen Arbeitsmarktbedingungen zu erwartenden Potentialerwerbsquoten zu bestimmen. Die Arbeitslosenquoten im Vollbeschäftigungsjahr 1970 charakterisieren „günstige Arbeitsmarktbedingungen“.

Die zur Projektion der Potentialerwerbsquoten erforderlichen Vorgaben über die Einkommensentwicklung stammen aus einer langfristigen Rahmenprognose mit einem gesamtwirtschaftlichen ökonometrischen Modell⁸. Außerdem wurde angenommen,

Tabelle 2
Elastizität der Erwerbsbeteiligung in bezug auf die Arbeitslosigkeit¹⁾

im Alter von ... bis unter ...	Männer	Frauen	Männer und Frauen
15 - 20	- 0,0010	- 0,0436	- 0,0211
20 - 25	- 0,0372	- 0,0501	- 0,0432
25 - 30	- 0,0258	- 0,0085	- 0,0183
30 - 35	- 0,0182	- 0,0071	- 0,0186
35 - 40	- 0,0138	- 0,0168	- 0,0146
40 - 45	- 0,0147	- 0,0109	- 0,0131
45 - 50	- 0,0098	- 0,0298	- 0,0167
50 - 55	- 0,0097	- 0,0321	- 0,0179
55 - 60	- 0,0152	- 0,0318	- 0,0221
60 - 65	- 0,0255	- 0,2009	- 0,0837
über 15	- 0,0169	- 0,0286	- 0,0213

1) Relative Änderung der Erwerbsquoten bezogen auf die relative Änderung der geschlechtsspezifischen Arbeitslosenquoten.

daß mit der 1980 erreichten permanenten Verringerung der Erwerbsbeteiligung – bedingt durch die bei langanhaltender hoher Unterbeschäftigung verstärkte Inanspruchnahme von Alternativen zu einer möglichen Arbeitslosigkeit – ein Grenzwert erreicht ist. Der Projektion der demographischen Variablen liegt die Grundvariante der Simulationsrechnungen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung zugrunde⁹.

Künftige Entwicklung der Erwerbsbeteiligung

Bis zum Jahr 1990 wird unter den oben genannten Annahmen die globale Potentialerwerbsquote – d. h. derjenige Teil der Bevölkerung über 15 Jahre, der unter günstigen Arbeitsmarktbedingungen seine Arbeitskraft anbieten würde – im Vergleich zu 1979 mit rund 54 vH nahezu unverändert bleiben. In dem Zehnjahreszeitraum danach ist mit einem Rückgang auf rund 52 vH zu rechnen (vgl. Tabelle 1). Dahinter steht ein zunächst geringfügiger, dann aber stärkerer Rückgang der Erwerbsbeteiligung der Männer

⁶ Vgl. J. Blazejczak: Analyse des Arbeitsangebots. In: Materialband 1 der Strukturberichterstattung 1980 des DIW, S. 141 ff. Inzwischen wurde das Modell mit Daten bis 1979 neu geschätzt.

⁷ Diese Erscheinung ist als Zusatzarbeiter- (additional worker) Effekt bekannt. In empirischen Untersuchungen kann nur der Nettoeffekt zwischen dem Zusatzarbeiter-Effekt und dem entgegengesetzt wirkenden Entmutigungs- (discouragement) Effekt ermittelt werden.

⁸ Vgl. Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Niveau und Struktur der Gesamtnachfrage. Gutachten des DIW im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1981. Bei dem dazu verwendeten ökonometrischen Modell handelt es sich um eine überarbeitete Fassung der Berliner Version des Bonner Modells. Vgl. J. Blazejczak: Berliner Version des Bonner Modells (Dokumentation). Vervielfältigtes Manuskript, Berlin 1980.

⁹ Vgl. Simulationsrechnung zur Bevölkerungsentwicklung . . . , a.a.O.

Tabelle 3
Die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials¹⁾

Im Alter von ... bis unter ...	Männer					Frauen					Männer und Frauen				
	1970	1979	1985	1990	2000	1970	1979	1985	1990	2000	1970	1979	1985	1990	2000
	<u>in Mill. Personen</u>														
15 - 25	2,82	2,87	3,08	2,63	1,73	2,34	2,46	2,61	2,21	1,44	5,16	5,33	5,69	4,84	3,17
25 - 60	12,58	13,16	13,67	14,12	13,82	6,50	7,36	7,53	7,96	8,16	19,08	20,52	21,20	22,08	21,98
über 60	1,78	0,69	0,77	0,81	0,93	0,80	0,42	0,46	0,39	0,38	2,58	1,11	1,23	1,20	1,31
zusammen	17,18	16,72	17,52	17,56	16,48	9,64	10,24	10,60	10,56	9,98	26,82	26,96	28,12	28,12	26,46
	<u>Struktur in vH</u>														
15 - 25	16,4	17,2	17,6	15,0	10,5	24,3	24,0	24,6	20,9	14,4	19,2	19,8	20,2	17,2	12,0
25 - 60	73,2	78,7	78,0	80,4	83,9	67,4	71,9	71,1	75,4	81,8	71,2	76,1	75,4	78,5	83,1
über 60	10,4	4,1	4,4	4,6	5,6	8,3	4,1	4,3	3,7	3,8	9,6	4,1	4,4	4,3	4,9
zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Erwerbspersonen und stille Reserve.

bei zunächst leicht ansteigender und dann ebenfalls abnehmender Erwerbsbeteiligung der Frauen. Die Streuung der Erwerbsbeteiligung über die Altersgruppen, die jetzt einem linksseitig steilen Trapez mit einer Spitze bei den 20- bis 25jährigen entspricht, wird bis zum Ende des Prognosezeitraums eine Parabelform annehmen.

Bei den Männern in den Altersgruppen bis zu 30 und über 55 Jahren kann auch für die Zukunft ein weiterer deutlicher Rückgang der Erwerbsbeteiligung erwartet werden, der allerdings besonders bei den jüngsten und ältesten Männern erheblich schwächer ausfällt als in der Vergangenheit. In den mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 55 Jahren ist nur noch mit einer geringfügigen weiteren Reduzierung der Erwerbsbeteiligung zu rechnen. Bei der Interpretation der altersspezifischen Erwerbsquoten der Frauen muß berücksichtigt werden, daß sich darin teilweise einander entgegengesetzte Tendenzen bei den verheirateten und den nichtverheirateten Frauen widerspiegeln. Bei den verheirateten Frauen wird in den Altersgruppen zwischen 25 und 60 Jahren ein weiterer Anstieg der Erwerbsbeteiligung prognostiziert; entsprechend der verlangsamten Abnahme der Kinderquote wird dieser Anstieg allerdings schwächer sein als in der Vergangenheit. Für die übrigen verheirateten und für die nichtverheirateten Frauen sind gegenüber der Vergangenheit abgeschwächt zurückgehende oder — für die nichtverheirateten Frauen zwischen 30 und 60 Jahren — annähernd konstante Erwerbsquoten zu erwarten. Demzufolge sinkt die Erwerbsbeteiligung der

Frauen im Alter von 15 bis 25 und über 60 Jahren, die der übrigen Frauen steigt weiter an.

Künftige Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials

Bei etwa gleichbleibender Gesamterwerbsquote wird das Erwerbspersonenpotential von 1979 bis 1985 im Jahresdurchschnitt um rund 200 000 Personen zunehmen und dann etwa 28,1 Mill. Personen umfassen (vgl. Tabelle 3); gegenwärtig (Jahresdurchschnitt 1981) sind es rund 27,4 Mill. Personen. Etwa 1988 wird das Erwerbspersonenpotential seinen Maximalwert von 28,2 Mill. Personen erreichen und dann abnehmen. Dabei wirken der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und das Absinken der Erwerbsbeteiligung in die gleiche Richtung. Im Jahr 2000 ist bei den unterstellten Bedingungen mit einem Erwerbspersonenpotential von nur noch 26,5 Mill. Personen zu rechnen. Unsicherheiten liegen z. B. in der angenommenen Zuwanderung von Ausländern. Die Altersstruktur des Erwerbspersonenpotentials wird sich in Richtung auf eine Zunahme der Personen im mittleren Alter verschieben; besonders gravierend ist dieser Effekt bei den Frauen. Umgekehrt bedeutet das eine relative Zunahme der Nichterwerbspersonen in den jüngeren und älteren Altersgruppen.

Veränderungen des Erwerbspersonenpotentials lassen sich in eine demographische und eine Verhaltenskomponente zerlegen. Die demographische Komponente entspricht der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung unter Beibehaltung der Poten-

Tabelle 4
Demographische und Verhaltenskomponente der Änderung des Erwerbspersonenpotentials
 Veränderung in Mill. Personen gegenüber 1979

	1985			1990			2000		
	demogra- phische Komponente	Verhal- tenskom- ponente	insgesamt	demogra- phische Komponente	Verhal- tenskom- ponente	insgesamt	demogra- phische Komponente	Verhal- tenskom- ponente	insgesamt
Männer	+ 1,17	- 0,37	+ 0,80	+ 1,55	- 0,71	+ 0,84	+ 1,01	- 1,25	- 0,24
Frauen	+ 0,41	- 0,05	+ 0,36	+ 0,37	- 0,05	+ 0,32	- 0,41	+ 0,15	- 0,26
dav. verheiratete Frauen	+ 0,18	+ 0,13	+ 0,31	+ 0,33	+ 0,25	+ 0,58	+ 0,10	+ 0,56	+ 0,66
nichtverheiratete Frauen	+ 0,23	- 0,18	+ 0,05	+ 0,04	- 0,30	- 0,26	- 0,51	- 0,41	- 0,92
insgesamt	+ 1,58	- 0,42	+ 1,16	+ 1,92	- 0,76	+ 1,16	+ 0,60	- 1,10	- 0,50

tialquoten im Basisjahr 1979. Tabelle 4 zeigt, daß das Erwerbspersonenpotential unter der Annahme konstanter Potentialerwerbsquoten von 1979 bis zum Jahr 1985 um fast 1,6 Mill. und bis zum Jahr 1990 um über 1,9 Mill. Personen zunehmen würde. Die aus der Vergangenheit extrapolierten Verhaltenseffekte dämpfen indes den Zuwachs erheblich. Dies geht auf die reduzierte Erwerbsbeteiligung der Männer zurück. Bei den Frauen heben sich positive Verhaltenseffekte der verheirateten und negative der unverheirateten Frauen annähernd auf. Im Jahr 2000, dem Endjahr der Prognose, würde das Erwerbspersonenpotential ohne Verhaltensänderungen noch um 600 000 Personen höher sein als im Ausgangsjahr 1979.

Wenn sich die Bevölkerung nicht wesentlich anders entwickelt als in der Grundvariante der Bevölkerungsprognose angenommen, so dürfte die hier vorgelegte Projektion des Erwerbspersonenpotentials eher einen unteren der möglichen Entwicklungspfade charakterisieren. Besonders bei der zukünftigen Erwerbsbeteiligung der Männer in den mittleren Altersgruppen, bei denen die aus den Vergangenheitsdaten ermittelte trendmäßige Abnahme der Erwerbsbeteiligung abgeschwächt in die Zukunft fortgeschrieben wurde, liegen erhebliche Prognoserisiken. Nimmt man etwa an, daß sich die Erwerbsbeteiligung der Männer zwischen 30 und 55 Jahren gegenüber dem Stand des Jahres 1979 in der Zukunft nicht mehr verändert, so wäre das Erwerbspersonenpotential im Jahre 1985 um rund 55 000 und im Jahre 1990 um rund 130 000 Personen höher als hier angegeben. Umgekehrt ist bei den verheirateten Frauen ein stärkerer Anstieg der Erwerbsbeteiligung vorstellbar als hier unterstellt,

wenn sich die institutionellen Voraussetzungen – wie die Verfügbarkeit von Teilzeitarbeitsplätzen – schneller ändern als in der Vergangenheit.

Als einen unteren Extremfall könnte man annehmen, daß die hier errechneten Verhaltenseffekte bei den verheirateten Frauen, die eine Zunahme des Erwerbspersonenpotentials um 130 000 Personen bis 1985 und um 250 000 Personen bis 1990 bewirken, nicht eintreten; das Erwerbspersonenpotential würde dann im Vergleich zu dem des Jahres 1979 bis 1985 immer noch um 1 Mill. und bis 1990 um 900 000 Personen anwachsen.

Bereits seit längerem beurteilt das DIW die mittelfristigen Perspektiven für die Erreichung des Vollbeschäftigungsziels skeptisch¹⁰; auch in jüngerer Zeit hat es keinen Anlaß gegeben, diese Beurteilung in ihrer Grundaussage zu revidieren¹¹. Angesichts der ungünstigeren Wachstumsaussichten signalisieren die hier vorgelegten Rechnungen nicht nur mittel-, sondern auch längerfristig erhebliche Konflikte. Wirtschaftspolitische Argumentationen, die auf ein rückläufiges Arbeitskräfteangebot Bezug nehmen und ein „Abwettern“ oder eine „Untertunnelung“ der Arbeitsmarktprobleme nahelegen, müssen also klarstellen, daß sie auf das Jahr 2000 verweisen.

¹⁰ Vgl. Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Bearb.: DIW-Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 15/1978, S. 147 f. sowie Finanzierungsstruktur und Verteilungswirkungen einer nachfrageorientierten Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Bearb.: DIW-Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 13/1979, S. 139 ff.

¹¹ Vgl. beispielsweise Mittelfristige Finanzplanung der Gebietskörperschaften 1980 bis 1984. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/1981, S. 207 ff.

Rekordetat mit wenig Transparenz Zum Staatshaushalt der DDR

Seit Bestehen der DDR hat es selten eine ähnlich hohe Steigerung bei den Staatsfinanzen wie im Jahre 1980 gegeben. Der Etat schloß mit 160 Mrd. Mark ab¹; das entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von annähernd 20 Mrd. Mark. Die bisherige Rekordmarke aus den siebziger Jahren lag bei 10 Mrd. Mark. Im Staatshaushaltsplan 1980 war schon eine erhebliche Steigerung auf 155 Mrd. Mark vorgesehen; auch vor diesem Hintergrund ist die nun ausgewiesene Summe überraschend. Ein Vergleich der relativen Raten bestätigt die Ausnahmestellung des Jahres 1980; die Erhöhung des Budgets um 14,3 vH wurde lediglich vor langer Zeit zweimal (1952 und 1958) übertroffen. Überdies weicht die Entwicklung deutlich vom mittelfristigen Trend ab: Während die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts in der ersten Hälfte der siebziger Jahre jährlich um durchschnittlich 10 vH gestiegen waren, schwächte sich die Zunahme in der Periode 1976 bis 1979 im Mittel auf reichlich 5 vH ab. Der Planansatz für 1981 sieht gar nur eine Ausweitung des Volumens von 2,4 vH vor².

Erklärungen für die starke Expansion im Jahre 1980 hat es seitens der DDR nicht gegeben. Welche Positionen letztlich für die Rekordzunahme verantwortlich sind, ist ungewiß. Offensichtlich besteht aber eine Beziehung zu den nicht spezifizierten Beträgen. Diese haben sich 1980 auf der Einnahmenseite um 40 vH und auf der Ausgabenseite um mehr als 50 vH erhöht.

Eine Gegenüberstellung von Plan- und Istwerten für das Jahr 1980 zeigt gravierende Unterschiede bei den Bereichen volkseigene Wirtschaft und Landwirtschaft. Sie sind zusammengenommen nicht nur die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle des Staates, sondern auch dessen größte Zuwendungsempfänger. Offenbar verbergen sich hinter diesen Differenzen, für die kein Einzelnachweis gegeben wird, weitere Finanzbeziehungen zwischen Staat und sozialistischer Wirtschaft. Diese These wird durch andere Indizien erhärtet³. Die nicht ausgewiesenen Einnahmen stammen vermutlich fast alle aus der sozialistischen Wirtschaft. Von den nicht erläuterten Ausgaben dürften ihr wiederum drei Viertel zugeführt worden sein.

Solche Posten, die sich nur zu einem gewissen Teil erklären lassen, hat es in der Haushaltsrechnung immer gegeben. 1980 haben sie jedoch eine Größenordnung erreicht, die nur auf Sondereinflüsse zurückzuführen sein kann.

Möglich wäre,

- daß die Umstrukturierung der industriellen Organisation (Kombinatsbildung) aufgrund weitreichender Produktionsumstellungen in der Anlaufphase für etliche Betriebe Verluste mit sich brachte. Verlustausgleichszahlungen bzw. Fondsstützungen (für Investitionen und Umlaufmittel) im erheblichen Maß könnten notwendig geworden sein.
- daß Außenhandelsabgaben und -stützungen eine Rolle gespielt haben. Im vorigen Jahr hat die Ausfuhr, insbesondere die in westliche Länder

(+ 26 vH) rasch zugenommen, so daß vermutlich höhere Exportsubventionen angefallen sind. Außerdem könnten als Förderungsmaßnahme die Subventionen je Erzeugniseinheit heraufgesetzt worden sein. Das Pendant dazu würden Abgaben auf Importe sein, um diese zu drosseln. Vielleicht haben auch die Ereignisse in Polen Auswirkungen auf den Haushalt gehabt, sei es in Form von Subventionen für ausgefallene Lieferungen, die dann anderweitig teurer beschafft werden mußten, sei es in Form der Finanzierung von Hilfslieferungen.

- daß ein Zusammenhang mit dem Abschluß der Fünfjahrplanperiode oder mit der Änderung der Preisbasis besteht. Auffallend ist nämlich, daß sich der Anteil der nicht aufgeschlüsselten Ausgaben im Staatshaushalt 1965/66, 1975 und 1980 jeweils drastisch, auf ein Viertel des Gesamtvolumens, erhöht hat. Danach war stets ein Rückgang auf den sonst üblichen Umfang von einem Sechstel zu verzeichnen. Laut Plan wird sich auch 1981 der Anteil der nicht ausgewiesenen Positionen verringern. In allen drei Fällen ist in dem darauffolgenden Jahr die Preisbasis umgestellt worden; zweimal (1975 und 1980) handelte es sich um das Ende einer Fünfjahrplanperiode. Welche Geld-

¹ Vgl. Neues Deutschland vom 27./28. Juni 1981, S. 10.

² Vgl. Neues Deutschland vom 18. Dezember 1980, S. 8.

³ So bezifferte der neue Minister der Finanzen, Ernst Höfner, den Anteil der sozialistischen Wirtschaft an den Einnahmen des Staatshaushalts 1980 auf nahezu 75 vH, das sind ungefähr 120 Mrd. Mark. Aus den verschiedenen Angaben in der Haushaltsrechnung läßt sich aber lediglich eine Summe von 105 Mrd. Mark errechnen. Vgl. Neues Deutschland vom 27./28. Juni 1981, S. 10.

ströme dadurch im einzelnen ausgelöst worden sein können, ist indes unklar.

Diese Verschleierung trifft gerade in Zeiten verstärkter Rüstungsanstrengungen auf Unverständnis. Der immer wieder von westlichen Beobachtern geäußerte Verdacht, daß die im Staatshaushalt genannten Aufwendungen für die Verteidigung unvollständig sind, erhält dadurch neue Nahrung. Auch ernstzunehmende Wissenschaftler sind der Auffassung, in anderen Positionen seien weitere Verteidigungsausgaben enthalten⁴. Schon im Eigeninteresse der DDR wäre deshalb eine vollständige Veröffentlichung des Budgets angebracht.

Einnahmen

Unter den ausgewiesenen Einnahmen hat es 1980 die auffälligste Zunahme (15,3 vH) bei den Abführungen der volkseigenen Wirtschaft gegeben. Deren wichtigste sind

- die Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe (eine Art Steuern auf das Eigenkapital),
- die produktgebundene Abgabe (differenzierte Verbrauchsteuer),
- die Nettogewinnabführung.

Die bei allen drei Abgabearten zu beobachtende Erhöhung dürfte mit der Revision der Preispolitik in Verbindung stehen.

Wegen der Preissteigerungen bei den Energie- und Rohstoffen auf dem Weltmarkt wurden seit 1976 auch die Betriebe der DDR mit erhöhten Industriepreisen konfrontiert, um sie zu einem sparsameren Materialverbrauch zu zwingen. Die Preise für den privaten Verbrauch blieben davon zunächst im wesentlichen unberührt. Soweit die Kostensteigerungen nicht von den Betrieben aufgefangen werden konnten, wurden sie durch Einnahmeverzichte des Staates (Herabsetzung der Nettogewinnabführung, Verminderung der produktgebundenen Abgaben) ausgeglichen. Für den Fall, daß diese Beträge nicht ausreichten, konnten die Betriebe Mittel aus dem Staatshaushalt (Preisausgleichsfonds) in Anspruch nehmen und auf der Stufe der Fertigprodukte höhere Verbraucherpreissubventionen erhalten. Im Herbst 1979 ist die bis dahin gültige Politik der konstanten Verbraucherpreise modifiziert worden: Die Preise für höherwertige Konsumgüter wurden so angehoben, daß sie jetzt grundsätzlich wieder die Kosten decken und größere Gewinnabführungen und Steuereinnahmen ermöglichen.

Für die außergewöhnlich starke Zunahme der Nettogewinnabführung sind jedoch auch andere Gründe denkbar. Es könnte sich die Erlössituation einiger volkseigener Betriebe verbessert haben und/oder der Anteil an den Gewinnen, die der Staat bean-

sprucht, ist — wie schon Mitte der siebziger Jahre einmal — heraufgesetzt worden.

Auch der Anstieg der Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe fällt aus dem Rahmen. Sicherlich hat das von Jahr zu Jahr größer werdende Anlage- und Umlaufvermögen dazu beigetragen. Zusätzlich könnten aber auch im Zusammenhang mit der Festsetzung neuer Industriepreise früher zugestandene Abgabeminderungen weggefallen sein.

Die Auswirkungen der neuen Preispolitik im Jahr 1980 werden bei einem Vergleich der Umsatzentwicklung im Einzelhandel von Industriewaren (zuzüglich Subventionen) und Genußmitteln auf der einen, der produktgebundenen Abgaben auf der anderen Seite deutlich (Vorjahrsvergleich):

- Zunahme des Umsatzes: 4,1 Mrd. Mark
- Zunahme der Abgaben: 4,3 Mrd. Mark.

Daraus läßt sich folgern, daß der Umsatz abzüglich Steuern von 1979 auf 1980 etwas zurückgegangen ist. Diese Entwicklung kann verschiedene Ursachen gehabt haben: höhere Steuersätze bei neuen Produkten, steuerliche Abschöpfung von Rationalisierungsgewinnen, größeres Angebot von höherwertigen und damit in der Regel steuerlich stärker belasteten Gütern. In jedem Fall läßt sich jedoch daraus ablesen, daß die reale Steigerung des Einzelhandelsumsatzes spürbar unter der ausgewiesenen nominalen Rate lag.

Die anderen Einnahmen — Steuern sowie Gebühren und Beiträge — haben 1980 entsprechend dem längerfristigen Trend zugenommen. Abweichungen nach oben gibt es seit einiger Zeit lediglich bei den Abführungen der Banken und seit zwei Jahren bei den Einnahmen von privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden. Schwächer als sonst haben sich 1980 die Lohnsteuern der Arbeitnehmer entwickelt, eine Folge der vergleichsweise geringen Einkommenssteigerung.

Ausgaben

Die veröffentlichten Daten zur Ausgabenentwicklung haben wegen der nicht ausgewiesenen Positionen in Höhe von nahezu 40 Mrd. Mark einen begrenzten Aussagewert. Die kräftige Steigerung hat sich 1980 jedenfalls nicht in den nachgewiesenen Bereichen niedergeschlagen, die sämtlich unterdurchschnittlich expandierten oder auf dem Vorjahrsniveau verharrten.

⁴ Vgl. z. B. Herwig E. Haase: Wachsende finanzielle Belastungen der DDR-Wirtschaft und ihr Ausweis im Staatshaushalt. Steigende Subventionen, Sozialleistungen und Verbrauchsteuern. In: Deutschland Archiv, Nr. 8/1979, S. 836.

Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts der DDR
in Milliarden Mark

	1971-1975 ²⁾	1976-1980 ²⁾	1979	1980	1981
	Ist				Plan
EINNAHMEN, insgesamt	96,3	135,2	140,6	160,7	164,5
Einnahmen aus volkseigenen Betrieben, Kombinat und VVB	54,5	3) 80,6	3) 84,7	3) 97,7	.
<u>darunter:</u> Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe	11,4	16,2	16,8	18,2	.
Nettogewinnabführung	17,3	28,8	32,9	40,1	.
Produktgebundene Abgaben	25,3	35,6	35,0	39,3	.
Übrige Abgaben	0,3
Abführungen der Banken	2,4	4,9	5,3	6,1	.
Abgaben der Landwirtschaft	1,2	1,3	1,4	1,4	.
Einnahmen von Produktionsgenossenschaften des Hand- werks und anderen Produktionsgenossenschaften	3,1	2,8	2,9	3,1)
Einnahmen von privaten Handwerkern und Gewerbe- treibenden	4) 3,9	2,6	2,7	3,0)
Lohnsteuer der Arbeitnehmer und Steuern der freiberuflich Tätigen	4,6	6,2	6,6	6,8) 14,1
Gemeindesteuern	0,5	0,5	0,5	0,5)
Einnahmen aus staatlichen Einrichtungen (Bildung, Ge- sundheits- und Sozialwesen, Kultur) und Staatsapparat	5,8	5) 7,2	7,8	8,1	8,2
Einnahmen der Sozialversicherung	10,9	13,9	14,9	15,2	15,5
Sonstige Einnahmen	0,2	1,5	2,0	2,3	.
Nicht spezifizierte Einnahmen ¹⁾	8,8	6) 13,7	6) 11,8	6) 16,5	.
AUSGABEN, insgesamt	95,2	134,8	140,2	160,3	164,4
Forschung	2,1	7) 2,3	7) 2,5	7) 2,6	.
Investitionen	8) 5,8	6,2	5,6	5,8	.
Verkehrswesen	3,2	3,0	3,0	2,9	3,1
Subventionen für die volkseigene Wirtschaft	4,4	6,6	6,3	7,1	.
<u>davon:</u> Produktgebundene Preisstützungen	.	4,8	5,2	6,1	.
Preisausgleichsfonds	.	1,8	1,1	1,0	.
Zuwendungen für die Landwirtschaft	2,7	6,8	7,5	8,5	8,8
<u>davon:</u> für Meliorationen, Investitionen usw.	.	2,3	2,3	2,4	2,5
für produktgebundene Preisstützungen	.	4,5	5,2	6,1	6,3
Subventionen der Verbraucherpreise und Tarife	10,0	14,7	15,7	16,9	19,8
<u>davon:</u> Nahrungsmittel	6,4	7,6	7,7	7,8	.
Industrielle Konsumgüter	1,0	3,5	4,4	5,1	.
Öffentlicher Personenverkehr	1,9	2,7	2,7	2,9	.
Trink- und Abwasserbehandlung	0,5	0,7	0,7	0,7	.
Reparaturen, Dienstleistungen	0,2	0,2	0,2	0,3	.
Wohnungswirtschaft und Subventionierung der Mieten	3,5	6,0	6,7	7,2	7,9
Bildungswesen	7,2	9,4	9,7	9,8	10,7
Gesundheits- und Sozialwesen	6,9	8,9	9,3	9,5	9,8
Sozialversicherung	19,1	26,1	27,4	29,4	29,9
Kultur und Sport (einschl. Rundfunk, Fernsehen, Erholung)	1,7	3,1	3,4	3,4	3,5
Staatsapparat und Wirtschaftsverwaltung	3,2	3,6	3,7	3,7	3,7
Kommunale Dienstleistungen	.	9) 0,8	0,8	0,8	0,8
Verteidigung ¹⁰⁾	8,3	11,6	12,1	13,1	14,1
Sonstige Ausgaben	1,1	1,1	1,4	1,4	.
Nicht spezifizierte Ausgaben ¹⁾	11) 16,0	24,9	25,1	38,2	.

1) Als Differenz ermittelt.-2) Fünfjahresdurchschnitt.-3) Ohne übrige Abgaben.-4) 1971 und 1972: Einnahmen von Betrieben mit staatlicher Beteiligung und Betrieben der privaten Wirtschaft; Rückgang der Einnahmen nach Oberführung der industriell produzierenden Betriebe in Volkseigentum 1972.-5) 1976 und 1977 ohne Einnahmen aus dem Staatsapparat.-6) Einschließlich der übrigen Abgaben aus volkseigenen Betrieben, Kombinat und VVB.-7) Von 1978 an einschließlich Mittel für gesellschaftswissenschaftliche Forschung.-8) 1975 ohne Investitionen für die volkseigene Wirtschaft.-9) Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1980.-10) Einschließlich Grenzbeobachtung, öffentliche Sicherheit sowie Rechtspflege.-11) 1975 einschließlich der Investitionen für die volkseigene Wirtschaft.

Quellen: Haushaltsrechnungen für die Jahre 1971 bis 1980 (Anlagen zur Volkskammerdrucksache der DDR) sowie Staatshaushaltsplan für das Jahr 1981.

Für investive Zwecke wurden 1980 rund 11,3 Mrd. Mark aus Haushaltsmitteln aufgebracht. Sie dienten der Finanzierung von Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft sowie dem Ausbau und der Unterhaltung der Verkehrswege und der Durchführung von Forschungsvorhaben.

Insgesamt — aus allen Quellen — sind im vergangenen Jahr mehr als 50 Mrd. Mark investiert worden, davon 5,8 Mrd. aus dem Haushalt, im übrigen aus betrieblichen Eigenmitteln und Krediten. Die Gesamtaufwendungen für Forschung und Entwicklung beliefen sich auf 7,8 Mrd. Mark, an denen der Staatshaushalt mit 2,6 Mrd. Mark beteiligt war.

Angesichts der ehrgeizigen Wachstumsziele, die sich die DDR-Wirtschaft für die kommenden Jahre vorgegeben hat, paßt die gegenwärtige Investitions- und Forschungspolitik nicht ins Bild. Soll die Produktion kräftig erhöht und zugleich durchgreifend rationalisiert und modernisiert werden, wie es von Ökonomen und Praktikern immer wieder gefordert wird, sind in Anbetracht des geringfügig zunehmenden Arbeitskräftepotentials wachsende Investitionen notwendig.

Die Entwicklung neuer Technologien und Produktionsverfahren erfordert jedenfalls, wie die Erfahrung zeigt, einen erheblichen Aufwand für Forschung und Investitionen. Tatsächlich war der Gesamtumfang der Investitionen 1980 kaum höher als im Jahr davor, und auch für 1981 sind offenbar allenfalls geringe Investitionssteigerungen geplant.

Ob die vorgesehene Aufstockung der Forschungsmittel auf 8,4 Mrd. Mark (+ 0,6 Mrd. Mark) ausreicht, die notwendigen technologischen Impulse zu setzen, kann bezweifelt werden. Die auf den ersten Blick naheliegende Vermutung, es könnten sich weitere Aufwendungen für Forschung und Investitionen in dem großen Block der nicht spezifizierten Ausgaben verbergen, darf wohl ausgeschlossen werden. Gerade bei solchen wachstums- und wohlstandsfördernden Ausgaben besteht kein Grund zur Geheimhaltung.

Die Subventionen erreichten 1980 mit 40 Mrd. Mark (Zunahme: 3,5 Mrd. Mark) nahezu den gleichen Umfang wie die traditionellen Staatsausgaben für Verwaltung, Verteidigung, kommunale Dienste, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen.

Unter Subventionen werden hier alle Geldleistungen zusammengefaßt, die der Staat einzelnen Wirtschaftsbereichen, Branchen oder Betrieben zur Verbesserung ihrer Produktionsbedingungen zur Verfügung stellt. Dazu gehören auch — als größter Einzelposten — die zur Aufrechterhaltung stabiler Verbraucherpreise notwendigen Zuschüsse; bisher haben sie als Folge der steigenden Produktionskosten und des

Ausgabenstruktur des Staatshaushalts der DDR

	1971-1) 1975	1976-1) 1980	1979	1980
	in Mrd. Mark			
Ausgaben insgesamt	95,2	134,8	140,2	160,3
davon:				
Ausgaben für Investive Zwecke	11,1	11,5	11,1	11,3
Subventionen	20,6	34,1	36,2	39,7
Traditionelle Staatsausgaben	27,3	37,1	39,0	40,3
Sozialversicherung	19,1	26,1	27,4	29,4
Sonstige Ausgaben	1,1	1,1	1,4	1,4
Nichtspezifizierte Ausgaben	16,0	24,9	25,1	38,2
	in vH der Gesamtausgaben			
Ausgaben insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
davon:				
Ausgaben für Investive Zwecke	11,7	8,5	7,9	7,0
Subventionen	21,6	25,3	25,8	24,8
Traditionelle Staatsausgaben	28,7	27,5	27,8	25,1
Sozialversicherung	20,1	19,4	19,5	18,3
Sonstige Ausgaben	1,1	0,8	1,0	0,9
Nichtspezifizierte Ausgaben	16,8	18,5	17,9	23,8
1) Fünfjahresdurchschnitt.				

wachsenden Verbrauchs Jahr für Jahr um rund eine Mrd. Mark zugenommen.

Die für 1981 geplante Steigerung der Verbraucherpreissubventionen um fast drei Mrd. auf knapp 20 Mrd. Mark (ohne Angabe über die Zusammensetzung dieser Summe) fällt aus dem Rahmen der bisherigen Entwicklung, ergibt sich aber folgerichtig aus den Preiserhöhungen in der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie, die am 1. 1. 1981 in Kraft getreten sind. Mit dem überdurchschnittlich hohen Mehraufwand soll die Verteuerung der Produkte auf der Verbraucherebene aufgefangen werden.

Die zusätzliche Belastung für den Staatshaushalt beläuft sich freilich auf einen geringeren Betrag; ein Teil der nunmehr höheren Verbraucherpreissubventionen wird nämlich bei den Zuwendungen für die Landwirtschaft wieder eingespart. Bestimmte Subventionen für die Anschaffung von Betriebsmitteln sind fortgefallen, wobei den Betrieben die höheren Produktionskosten durch die Anhebung der Aufkaufpreise ersetzt werden. Ein Teil des Mehraufwandes an Subventionen für Verbrauchsgüter beruht also lediglich auf der Umbuchung von einem Subventionskonto auf ein anderes.

Wegen der eingangs erwähnten Unsicherheit entzieht sich der militärische Aufwand — die „Ausgaben

für nationale Verteidigung“ werden 1980 mit 9,4 Mrd. Mark, 1981 mit 10,2 Mrd. Mark ausgewiesen — einer eindeutigen Beurteilung. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß das Internationale Institut für strategische Studien in London den Verteidigungsetat der DDR (im Gegensatz zum sowjetischen), zwar unter Einbeziehung der Ausgaben für öffentliche Sicherheit, Rechtspflege und Sicherung der Staatsgrenze, aber ohne sonstige Änderungen, in seine Berechnungen einbezieht⁵. In formaler Hinsicht beeindruckt der Verteidigungsetat durch seine — Jahr für Jahr — exakte Übereinstimmung der Soll- und Istwerte, eine Präzisionsleistung, die kein anderer Posten der Bilanz aufweist.

Exkurs: Gesellschaftliche Fonds

Eine Sonderstellung in der Finanzplanung und -abrechnung haben die Gesellschaftlichen Fonds. Unter diesem Begriff werden in der DDR — wie in den anderen sozialistischen Ländern — alle Zuschüsse des Staates (und mit einem geringen Anteil auch die der Betriebe und Kombinate) für soziale und kulturelle Einrichtungen zusammengefaßt. Den privaten Haushalten kommen die Aufwendungen der Gesellschaftlichen Fonds entweder als Transfereinkommen zugute (z. B. Renten, Stipendien, Beihilfen) oder als kostenlose bzw. verbilligte Leistungen (unentgeltlicher Zugang zu den Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Bildung, Zuschüsse zu Erholungsaufenthalten u. a.).

Die Gesellschaftlichen Fonds errechnen sich als Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen in bestimmten Positionen des Staatshaushalts (Subventionen, traditionelle Staatsausgaben, Ausgaben der Sozialversicherung). Sie bezeichnen also nur die staatlichen Zuschüsse. Der Gesamtumfang der Gesellschaftlichen Fonds (nur Staatsmittel) war 1980 mit 52,7 Mrd. Mark⁶ um 3,5 Mrd. Mark höher als 1979. Der Mehraufwand ergab sich aus der kräftigen Erhöhung der Renten, die am 1. 12. 1979 in Kraft trat und 1980 voll wirksam wurde, sowie aus der laufenden Expansion der Mittel für die Preisstützung und aus den höheren Zuweisungen an die Wohnungswirtschaft.

Die Gesellschaftlichen Fonds haben einen hohen ideologischen Wert für die Selbstdarstellung des sozialistischen Systems. Ein großer Teil der Gesellschaftlichen Fonds ist indes nichts anderes als das, was auch in westlichen Industrieländern Ausgaben des Staates für soziale und kulturelle Zwecke sind, also keinesfalls ein spezifisches Geschenk des sozialistischen Staates an seine Bürger. Die Vorstellung eines besonderen Geschenks soll aber offenbar hervorgerufen werden, wenn der Gesamtumfang der Fonds auf Haushalte oder Einkommensbezieher umgerechnet und zum Geldeinkommen addiert wird. Leistungen, die den Empfängern unmittelbar zugerechnet werden, finden sich z. B. bei der Kinderbetreuung und bei der Preisstützung. So belaufen sich gegenwärtig die Aufwendungen des Staates für den Unterhalt der Kindergärten auf monatlich 88 Mark für jedes Kind, der Beitrag der Eltern zu diesen Kosten beträgt maximal 7 Mark. In den Kinderkrippen liegen die entsprechenden Beiträge bei 256 Mark bzw. 27,50 Mark. Noch deutlicher ist der geltend gemachte einkommenswirksame Effekt bei den Verbraucherpreissubventionen, die allen Bürgern zugute kommen. 1980 führte die Preis-, Miet- und Tarifstützung je Einwohner zu einer Entlastung von monatlich über 80 Mark.

1981 sollen die Gesellschaftlichen Fonds um 5 Mrd. auf 57,7 Mrd. Mark steigen, also noch stärker als im vergangenen Jahr — in erster Linie eine notwendige Folge des geplanten Sprunges bei den Verbraucherpreissubventionen. Damit hätten die Gesellschaftlichen Fonds dann schon fast den mittelfristigen Jahresdurchschnitt von 59 Mrd. Mark erreicht, den der eben angelaufene Fünfjahrplan für die Jahre 1981 bis 1985 vorsieht. Nach 1981 ist deshalb im Bereich der sozialen und kulturellen Leistungen nicht mehr mit einer weiteren Expansion, sondern mit einer Stabilisierung des erreichten Niveaus zu rechnen.

⁵ Vgl. International Institute for Strategic Studies: *The Military Balance 1979/80*. London 1979, S. 14.

⁶ Hinzu kamen 3,4 Mrd. Mark aus dem Fonds der Kombinate und Betriebe, die für die kulturelle und soziale Betreuung der Arbeiter und Angestellten ausgegeben wurden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller (kommissarisch), Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dieter Teichmann

Längerfristige Prognose des Arbeitskräfteangebots. Bearbeitet von Jürgen Blazejczak. —
Rekordetat mit wenig Transparenz. Bearbeitet von Maria Elisabeth Ruban und Heinz Vortmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.